



Bundeskammer für  
Arbeiter und Angestellte  
Prinz-Eugen-Str. 20-22  
1040 Wien

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol  
Maximilianstraße 7, A-6020 Innsbruck  
Tel: 0800/22 55 22, Fax: 0512/53 40-1459  
wirtschaftspolitik@ak-tirol.com, www.ak-tirol.com

G.-Zl.: WP-2018-6420

Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

Bei Rückfragen

Dr. Domenico Rief/Be

Klappe

1455

Innsbruck, 10.12.2018

**Betrifft:** Jahreswachstumsbericht, Empfehlung zur Wirtschaftspolitik der Eurozone, gemeinsamer Beschäftigungsbericht und Warnmechanismusbericht

**Bezug:** Ihr Schreiben vom 27.11.2018  
zust. Referent: Norbert Templ

Sehr geehrter Herr Mag. Templ,

zum Jahreswachstumsbericht der Europäischen Kommission nimmt die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol wie folgt Stellung:

Die Europäische Kommission erkennt zu Recht, dass anhaltende Einkommensungleichheit und langsame Armutsverringerung nach wie vor zu den größten Risiken und Herausforderungen in Europa gehören. Die zutreffende Erkenntnis, dass das bestehende Wirtschaftswachstum bislang nicht bei allen Bürgerinnen und Bürgern in gleichem Maße ankommt, sollte sich in der Folge in den länderspezifischen Empfehlungen durch entsprechende Maßnahmen-Empfehlungen wiederfinden.

Die nach wie vor bestehenden Schwächen des Bankensektors erfordern laut Kommission eine Reduzierung der öffentlichen Verschuldung und eine Stärkung des Finanzsektors, es findet sich aber nichts bezüglich einer notwendigen Teilung des Bankensektors in Geschäfts- und in Investmentbanken und der nach wie vor bestehenden Problematik des „too big to fail“ – Dilemmas, welches ein sehr großes Risiko für öffentliche Haushalte darstellt. Zum Thema der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen bemüht die Kommission hingegen wieder das übliche Mantra von Rentenreformen, welche benötigt würden und spricht in diesem Zusammenhang von der Förderung zusätzlicher Altersvorsorge. Hierunter wird wohl eine Stärkung der privaten Altersvorsorge durch Pensionsfonds gemeint sein, eine Maßnahme, die bereits im Zuge der letzten Finanzkrise gezeigt hat, dass sie aufgrund der

Instabilität der Finanzmärkte nicht dazu geeignet ist, sichere Renten zu garantieren. In diesem Zusammenhang stellt die Kommission fest, dass insbesondere die Situation junger Menschen Anlass zur Sorge gibt, da diese während ihres Berufslebens höhere Beiträge leisten müssen, jedoch nach Eintritt in den Ruhestand niedrigere Renten erhalten werden. Dies wird als scheinbar unumstößliche Tatsache festgestellt, die Kommission übersieht aber den politischen Handlungsspielraum, der auch im Bereich der Pensionen immer noch gegeben ist, wodurch es nicht zwingend zu diesen von der Kommission festgestellten Folgen kommen muss.

Zur Finanzierung der Renten-, Gesundheits- und Langzeitpflegesysteme ist nicht unbedingt eine Reform der Sozialsysteme von Nöten, es würde auch ausreichen, fiskalpolitische Initiativen, die bereits auf dem Tisch liegen, mit mehr Vehemenz zu verfolgen. So kommen beispielsweise die Finanztransaktionssteuer oder die einheitliche Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer momentan auf der EU-Ebene politisch kaum weiter. Aber auch ein europaweiter Mindeststeuersatz in der KÖSt wäre sehr hilfreich, um den Steuerwettbewerb hintanzuhalten und mehr Geld zur Finanzierung des Sozialstaates zu lukrieren.

Positiv möchten wir erwähnen, dass Maßnahmen zur Stärkung der institutionellen Kapazitäten der Sozialpartner in den Ländern auch aus Sicht der Kommission von Nutzen sind, um das gewünschte Lohnwachstum zu erreichen.

Die Rolle der Sozialpartner wird in der Empfehlung des Rates zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebietes nochmals positiv erwähnt und sollte somit auch für die österreichische Bundesregierung als Zeichen dienen, die Sozialpartner wieder mehr zu schätzen.

Was den Alarmmechanismusbericht der Kommission für das Jahr 2019 betrifft, so erkennt die Kommission zu Recht den starken Anstieg der Wohnimmobilienpreise in Österreich als Entwicklung an, die einer weiteren Beobachtung unterliegen sollte. Leider hält es die Kommission zum jetzigen Zeitpunkt nicht für erforderlich, eine weitere eingehende Analyse im Rahmen des MIP (gesamtwirtschaftliches Überwachungsverfahren) vorzunehmen. Aus unserer Sicht stellen die explodierenden Wohnimmobilienpreise jedoch gerade für die Tiroler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein gravierendes Problem dar und es wäre eine Unterstützung von Seiten der Europäischen Union im Hinblick darauf durchaus wünschenswert.

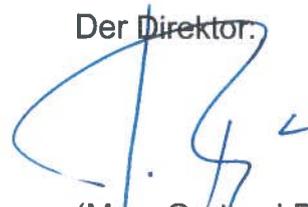
Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:



(Erwin Zangerl)

Der Direktor:



(Mag. Gerhard Pirchner)